

Pressekonferenz Bundeswehrgesetz

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mein Name ist Martin Pilgram, ich bin der Vorsitzende von pax christi in der Erzdiözese München und Freising. Ich weiß nicht wer von Ihnen pax christi kennt. Als katholische Friedensbewegung sind wir von Franzosen nach dem zweiten Weltkrieg gegründet worden. Die wollten sich nicht gegen einen erneuten Überfall durch Deutsche schützen, sondern sich mit Deutschen versöhnen, ihnen die Hand reichen.

Heute werben wir bei jungen Menschen für Freiwilligendienste, die wir als Friedens- und Versöhnungsdienste etwa in Krisengebieten (ehemaligen Jugoslawien), in Gedenkstätten (Kreisau) oder in der Flüchtlingsarbeit (Balkan) anbieten.

Warum haben wir uns der Popularklage angeschlossen?

Unser Engagement gilt schon lange der Friedensbildung auch und gerade an Schulen. Und hier sehen wir unser Engagement schon lange in Konkurrenz zu dem was die Bundeswehr in Schulen anbietet.

Wir sind deshalb Mitglied im Bündnis Kindersoldaten – der Hauptaktionstag ist nächste Woche am 12.2. mit dem Red-Hand-Day. Rote Hände gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Daneben auch im Aktionsbündnis „Unter 18 nie“.

Unsere Forderungen richten sich nicht nur an Länder wie etwa den Jemen oder Myanmar, sondern auch an unsere Bundesregierung. Man kann nicht auf der einen Seite die Kinderrechtskonvention der UN unterstützen und von anderen Ländern deren Einhaltung einfordern, auf der anderen Seite aber auch zulassen, dass Minderjährige bei uns in der Bundeswehr an Waffen ausgebildet werden. 2023 waren es wieder fast 2000, darunter über 300 Mädchen, die als Minderjährige zur Bundeswehr gingen.

Für uns ist die Bundeswehr kein Beruf wie jeder anderer, auch wenn in ihrer Werbung oft das Thema Krieg und Töten ausgeblendet wird. Deshalb halten wir auch die Werbung in Schulen und hier geht es meist

um die Werbung bei Minderjährigen für nicht akzeptabel. Gerade jetzt wird wieder auf großen Plakaten vor der FOS in Starnberg entsprechend Werbung gemacht.

Auch halten wir politische Bildung in Schulen durch Jugendoffiziere für nicht angemessen. Einige Lehrer mögen es gut finden, weil sie dadurch entlastet werden. Aber die Jugendoffiziere sind keine Lehrer und immer ihrem Arbeitgeber verpflichtet. Dieser setzt den Auftrag um, den ihm die Bundesregierung zugedacht hat: Landesverteidigung. Andere Aspekte politischer Bildung müssen dabei schlussendlich zu kurz kommen.

Wir wünschen uns auch für Bayern eine Einrichtung wie etwa in Baden Württemberg die Servicestelle Friedensbildung. Die Servicestelle ist Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstelle für alle Schulen des Landes sowie alle staatlichen, halb- und nicht-staatlichen Akteur:innen aus dem Bereich der Friedensbildung. Gemeinsame Träger der Servicestelle sind die Berghof Foundation, die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) sowie das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg.

Zum Thema Zivilklausel bleibt von mir nur zu sagen, dass wir uns in der Vergangenheit immer für Zivilklauseln an Universitäten eingesetzt haben. Wie wir schon gehört haben gibt es an bayerischen Hochschulen bis heute keine derartige Klausel.

Auch deshalb halten wir diese Gesetzgebung, für reine Symbolpolitik. Schon vor dieser Gesetzgebung haben wir die gängige Praxis kritisiert.

Ob die Regelungen Bestand haben, werden wir sehen. Wir hoffen nicht.

Danke schön.